

Auszug aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2017

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschriften der öffentlichen Sitzung vom 12.09.2017 und der Ortsbesichtigung vom 20.09.2017

Es wird eine Protokolländerung zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 12.09.2017 beantragt.

Abstimmung: 12 : 5

Im Übrigen werden keine Einwände erhoben. Die jeweiligen Niederschriften werden genehmigt.

Abstimmung: 17 : 0

2. Renaturierung des ehemaligen Festplatzes im Wiesengrund; Vorstellung der Umplanungsmöglichkeiten

Andreas Schulz vom Büro Streck präsentiert zunächst den Entwurf der Juli-Sitzung. Die vorgestellte Planung wies Kosten in Höhe von insgesamt 349.200 € (inkl. Planungskosten der Planungsbüros Streck und Jung) auf.

Die vorherige Kostenschätzung belief sich hingegen auf rd. 165.860 € (ohne Berücksichtigung der Planungskosten).

Nachdem der Gemeinderat aufgrund der gravierenden Kostensteigerung in der Juli-Sitzung keinen Entschluss gefasst hatte, gab es ein Gespräch zwischen den Planungsbüros und der Gemeindeverwaltung. Hier hat man sich darauf verständigt, Umplanungsmöglichkeiten zu erarbeiten, um Kosten einzusparen. Es wurde ein Puzzleprinzip ausgearbeitet, welches in der Sitzung nun vorgestellt wird.

Folgende Einsparungsmöglichkeiten sind denkbar:

- Verzicht auf Bachoffenlegung:
Hierzu erklärt Harald Klein, dass der Bachkanal im Bereich des Festplatzes, sowie der angrenzenden Straße zwischenzeitlich befahren wurde um ein Aufschluss über den baulichen Zustand zu bekommen. Die Auswertung ergab, dass der Kanal sanierungsbedürftig ist, da die Rohrstabilität aufgrund von Rissen nicht mehr gewährleistet ist, deshalb wird bei einem Verzicht auf die Bachoffenlegung eine Sanierung mittels Schlauchliner empfohlen.
Die Kosten für die Sanierung sind bei der Einsparung i. H. v. 85.440 € bereits berücksichtigt.
- Alternative zur Bachoffenlegung, die Teilausleitung:
Bei der Teilausleitung wird der Glattbach vor dem Sandfangbauwerk ausgeleitet und über ein zu schaffendes Bachbett in einen Schacht geleitet. Dieser wird an die bestehende Bachverrohrung angeschlossen, so entsteht ein naturnahes Gelände mit einem Bachverlauf.

Die Sanierung mittels Schlauchliner ist bei dieser Alternative ebenfalls nötig.
Die Einsparung beläuft sich hier auf etwa 59.160 €.

- Verzicht auf Stillwasserbereiche
Durch den Verzicht auf die beiden Stillwasserbereiche lassen sich Kosten in Höhe von 9.600 € einsparen.
- Verzicht auf Geländevertiefung
Durch den Verzicht auf die Geländevertiefung wird eine trockene Wiese entstehen und die Artenvielfalt abnehmen. Das Volumen der zurückhaltbaren Wassermengen auf der Fläche des ehemaligen Festplatzes würde dadurch zurückgehen (ca. 500 m³).
- Verzicht auf Kneippanlage
Hier können Kosten von ca. 10.080 € eingespart werden.
- Verzicht auf die Zapfstelle
Durch den Verzicht auf die Zapfstelle mit Erlebnisbereich lassen sich Kosten in Höhe von ca. 17.160 € einsparen.
- Verzicht beim Containerstellplatz
Verzichtet man generell auf einen Containerstellplatz lassen sich Kosten in Höhe von ca. 25.560 € einsparen.
- Alternative Containerstellplatz an der Straße
Verlegt man den Containerstellplatz direkt an den Straßenrand, so könnten Kosten in Höhe von 12.120 € eingespart werden.

Ursula Maidhof schlägt vor, alternativ zur Kneippanlage das Bachbett selbst bei einer Teilausleitung zu nutzen. Eventuell sollte eine Haltestange angebracht werden.

Andreas Schulz erklärt, dass das Bachbett als solches sowieso als Kneippanlage vorgesehen war.

Anneliese Euler schließt sich Ihrer Vorrednerin an.

Kurt Baier bedankt sich für den Vortrag. Die Renaturierung sollte bei der Entscheidung vordergründig betrachtet werden, die Verwirklichung von Erlebniseinrichtungen ist bei einer Kostenreduzierung fraglich zu bewerten. Er spricht sich für eine Teilausleitung aus, bei der das bestehende Bauwerk erhalten bleibt, weiterhin wäre die Geländevertiefung eventuell hinsichtlich des Rückhaltevolumens und des höherwertigen Wachstums der Wiesenfläche zu belassen und der Containerstellplatz, wie geplant, zu erhalten.

Eine dauerhafte Nutzung der Kneippanlage ist seines Erachtens fraglich.

Durch seinen Vorschlag könnten rd. 100.000 € gespart werden und trotzdem eine Renaturierung verwirklicht werden.

Johannes Bernhard erinnert, dass der Gemeinderat sich im Jahr 2016 für die große Variante mit Kosten von rd. 165.000 € entschieden hatte. Stand heute belaufen sich die Kosten bei einer Umplanung ohne Erlebniseinrichtungen bei rd. 200.000 €. Deshalb spricht er sich dafür aus, den Schotter zu entfernen, Mutterboden einzufüllen und den Containerplatz zu belassen. Die Inlinersanierung sollte nicht durchgeführt werden, da andere Kanalbereiche eine höhere Priorität besitzen, er erinnert z. B. an den Bommichring, Weihergrund, Lange Straße oder Baumacker.

Maria Schäffer berichtet, dass die Kosten der Renaturierung erhebliche Auswirkung haben. Sie ist der Meinung, dass der Containerstellplatz am neuen Standort benötigt wird.

Anneliese Euler schließt sich den Ausführungen von Kurt Baier an, auf die Geländevertiefung könnte man allerdings Ihrer Meinung nach verzichten. Weiterhin vertritt sie die Meinung, dass der Vorschlag von Johannes Bernhard keine Renaturierung darstellt.

Johannes Bernhard verweist auf die Definition der Renaturierung in der Tischvorlage. Die Kostengrenze liegt seiner Ansicht nach bei rd. 165.000 €. Sein Vorschlag stellt eine Minimal-lösung dar, bei der Ausgleichsfläche gewonnen werden kann.

Philip Dean Kruk-De la Cruz schließt sich ebenfalls Kurt Baiers Ausführungen an. Er weist darauf hin, dass damals die Kosten bei rd. 165.000 € lagen, weiterhin wären die Planungskosten noch hinzugekommen, sodass man rd. 200.000 € ausgegeben hätte.

Jürgen Meßenzehl möchte die Kosten wissen, die entstehen, wenn der Schotter und der Asphalt abgetragen werden, der Weg zum Sandfang hergestellt, der Kanal mittels Inliner saniert wird und die Planungskosten hinzugerechnet werden.

Andreas Schulz berichtet, dass Kosten von rd. 178.440 € anfallen würden, wobei die Inlinersanierung mit Kosten von rd. 55.000 € (mit Planungskosten) inbegriffen ist.

Bürgermeister Fuchs stellt die einzelnen Einsparungsmöglichkeiten zur Abstimmung.

Der Gemeinderat spricht sich gegen das Gesamtkonzept der Juli-Sitzung aus.
Abstimmung: 17 : 0

Bei der Erarbeitung des Entwurfs soll auf die Bachoffenlegung verzichtet werden.
Abstimmung: 17 : 0

Eine Teilausleitung des Glattbachs soll mit eingeplant werden.
Abstimmung: 11 : 6

Auf die Stillwasserbereiche soll verzichtet werden.
Abstimmung: 14 : 3
Auf die Geländevertiefung soll ebenfalls verzichtet werden.

Abstimmung: 14 : 3

Die Kneippanlage soll ebenfalls nicht verwirklicht werden.
Abstimmung: 17 : 0

Auch auf die Zapfstelle mit Erlebnisbereich soll verzichtet werden.
Abstimmung: 16 : 1

Der Containerstellplatz soll in der ursprünglichen Variante, am Waldrand, bleiben.
Abstimmung: 13 : 4

Johannes Bernhard beantragt, dass zuletzt eine Abstimmung über seinen vorgetragenen Vorschlag durchgeführt werden sollte.

Der Vorschlag, die Schotterfläche zu entfernen, Mutterboden einzubringen und den Containerplatz, wie ursprünglich geplant, zu belassen, wird abgelehnt.
Abstimmung: 6 : 11

Andreas Schulz vom Büro Streck ermittelt die Kosten, die dem Vorentwurf zu Grunde liegen, diese belaufen sich auf rd. 230.280 €.

3. Vorstellung Förster Volker Schiller

Der neue Förster Volker Schiller stellt sich in der Sitzung kurz vor.
Er kündigt an, die Arbeit seines Vorgängers wie gewohnt weiterführen zu wollen, im Bereich Selbstwerbung könnte er sich Veränderungen vorstellen.
Auf Nachfrage von Anneliese Euler berichtet er kurz über ein Entwicklungsprojekt, welches er in Namibia begleitet hat.

4. Errichtung eines Parcours im Gemeindewald

Es wird Bezug auf die Ortsbesichtigung des Gemeinderates vom 20.09.2017 genommen.

Die Gemeindeverwaltung wurde durch den Förster Volker Schiller auf den Mountainbike-Parcours aufmerksam gemacht. Die meisten baulichen Anlagen (Schanzen, Kurven, kleinere Sprünge etc.) befinden sich auf privatem Grundbesitz.

Grundsätzlich haftet der Grundstückseigentümer, es sei denn, es handelt sich um eine walddtypische Gefahr (z.B. heruntergestürzter Ast auf Waldboden, Unebenheiten). Eine bauliche Anlage ist keine walddtypische Gefahr, somit geht die Haftung auf den Waldeigentümer über.

Es wurde Rücksprachen mit anderen Kommunen gehalten, in deren Ortschaft eine Mountainbike-Strecke betrieben wird.

Begonnen hat es üblicher Weise immer mit einer illegalen Errichtung der Strecken.
Diese Gemeinden stellen jeweils ein Grundstück zur Verfügung, Betreiber der Strecken sind private Vereine.

Um eine Mountainbike-Strecke zu legalisieren, wird es u. a. notwendig sein, eine naturschutzrechtliche Genehmigung bei der Unteren Naturschutzbehörde zu beantragen.
Hinzu kämen eventuelle Änderungen im Forstwirtschaftsplan, sowie im Jagdpachtvertrag.
Insbesondere müsste ein Betreiber gefunden werden.

Von den angefragten Versicherungen wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass Sicherungsmaßnahmen einzuhalten sind, z. B. Sichtung nach jedem Sturm/Unwetter, Pflicht für das Tragen von Schutzkleidung, Aufsichtspflicht, Einzäunung etc...

Beim Ortstermin am 20.09.2017 haben Förster Volker Schiller und Jagdpächter Bernd Schäfer ihre Sichtweise geäußert.

Einer der Jugendlichen hat bei der Besichtigung angedeutet, sich vorstellen zu können, mit den anderen Beteiligten einen Verein zu gründen, um den Parcours beizubehalten.

Volker Schiller wird das Wort erteilt. Er befürwortet es, dass sich die Jugend in der Natur aufhält und auch im Wald Mountainbike fährt, allerdings weist er auf das Haftungsrecht hin. Dies hat Anlass dazu gegeben, den Waldeigentümer darüber zu informieren. Eine Legalisierung beinhaltet Hürden, die es zunächst zu bewältigen gilt.

Er spricht sich dafür aus, dass ein privater ortsansässiger Verein den Parcours betreiben könnte.

Philip Dean Kruk-De la Cruz würde es begrüßen, wenn sich ein solcher Verein gründen würde und bietet Unterstützung an.

Jürgen Meßenzehl bewundert das Projekt, das über Monate bzw. Jahre gewachsen ist, erkennt aber auch die Problematik. Er gibt zu bedenken, dass eine Vereinsgründung für die Jugendlichen zu aufwändig ist und regt an, sich stattdessen an einen bestehenden Verein anzugliedern, wie z. B. dem Fußballsportverein.

Anneliese Euler stimmt ihrem Vorredner zu, an einen bestehenden Verein heranzutreten, da die Hürden sehr hoch sind. Sie äußert Bedenken über die momentane Situation.

Bürgermeister Fuchs berichtet, dass die baulichen Anlagen momentan abgesperrt sind und schlägt folgende Vorgehensweise vor:

- Gespräch mit dem Fußballsportverein
- Zusammenkunft interessierter Jugendlicher und Unterstützer im Rathaus
- Unterstützung durch die Gemeindeverwaltung

Jürgen Grünewald ergänzt, dass die Gemeinde auf die Privatwaldbesitzer zugehen sollte.

Kurt Baier schließt sich seinen Vorrednern an.

Jürgen Kunsmann fände es überaus bedauerlich, wenn der Parcours zurückgebaut werden müsste und bedauert die Bekanntmachung über das Amts- und Mitteilungsblatt.

Michael Metzger spricht sich ebenfalls für den Erhalt aus, da die Glattbacher Jugend kaum Anlaufpunkte geboten bekommt. Zu seiner Jugendzeit gab es kaum Einschränkungen.

Tobias Breitinger bedauert ebenfalls die Bekanntmachung im Amts- und Mitteilungsblatt, da für die Jugend keine Möglichkeit mehr besteht diese Strecke zu fahren.

Klaus Däsch sieht die Gemeinde ebenfalls in der Pflicht und bittet um Abstimmung.

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, den Parcours zu erhalten und, wie von Bürgermeister Fridolin Fuchs vorgeschlagen, zu verfahren.

Abstimmung: 17 : 0

**5. Vertrag mit den Stadtwerken Aschaffenburg für die Durchführung des Anruf-Sammeltaxi-Verkehrs (AST) in Glattbach;
Entscheidung über das bestehende Vertragsverhältnis**

Es wird Bezug auf die Gemeinderatssitzung vom 11.10.2016 genommen, in der beschlossen wurde, den Vertrag mit den Stadtwerken Aschaffenburg für die Durchführung des Anruf-Sammeltaxi-Verkehrs (AST) um ein weiteres Jahr zu verlängern. Vom Gemeinderat wurde angeregt, im Herbst 2017 erneut über die Angelegenheit zu beraten.

Da sich die vertraglichen Gestaltungen mit den beteiligten Gemeinden bis 31.01.2016 sehr unterschiedlich darstellten, wurden die verschiedenen Verträge zu einer einheitlichen Finanzierung und Durchführung harmonisiert.

Die Fahrtkostenunterdeckungen für die Gemeinde Glattbach bei Fahrten aus der Stadt in die Gemeinde wurden zuvor von den Stadtwerken Aschaffenburg getragen, die Übernahme der Kostenunterdeckung bei Fahrten von der Gemeinde nach Aschaffenburg wurden von der Gemeinde Glattbach übernommen.

Gemäß neuem Vertrag, welcher am 01.02.2016 in Kraft getreten ist, wurden die angefallenen Kostenunterdeckungen gleichmäßig zwischen den Kostenträgern aufgeteilt.

Der Vertrag wurde für die Dauer des Fahrplanjahres bis 10.12.2016 geschlossen und hat sich durch den Gemeinderatsbeschluss bis 10.12.2017 verlängert. Er verlängert sich jeweils um ein weiteres Fahrplanjahr, wenn er nicht 4 Wochen vor Ablauf der Jahresfrist gekündigt wird.

Jahr	HH-Ansatz	Gesamtkosten für die Gemeinde	Fahrgastzahlen
2014	1.000,00 €	354,85 €	44
2015	1.000,00 €	76,40 €	12
2016	4.000,00 €	3.050,63 €	738
2017 (Stand August 2017)	4.000,00 €	2.409,86 €	566

Die Fahrgastzahlen im Jahr 2017 haben sich im Vergleich zum Jahr 2016 (Stand August 2016 435 Personen) etwas erhöht.

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, den Vertrag beizubehalten.
Abstimmung: 17 : 0

6. Ersatzbeschaffung Sprinter

Für den Sprinter, Erstzulassung 12/2000, wird eine Ersatzbeschaffung notwendig.

Hierzu wurden von zwei Firmen Kauf- und Leasingangebote für ein Neufahrzeug mit entsprechend notwendigem Aufbau eingeholt.

Von der Firma Iveco Süd-West Nutzfahrzeuge GmbH wird ein Kauf- und Leasingangebot für das Fahrzeug Iveco Daily 50C18A8/P mit notwendigem Aufbau durch die Firma De Bondt Fahrzeugaufbauten abgegeben. Die Inzahlungnahme des Altfahrzeugs wird angeboten.

Von der Firma Robert Kunzmann GmbH & Co.KG wird ein Kauf- und Leasingangebot für das Fahrzeug Mercedes-Benz Sprinter 519 CDI FG mit notwendigem Aufbau durch die Firma HIAB-MULTILIFT Rhein-Main GmbH abgegeben. Die Inzahlungnahme des Altfahrzeugs wird angeboten.

Auf Grund der Laufzeit des Altfahrzeugs von 17 Jahren im Vergleich zu den Leasingangeboten, mit einer Laufzeit von vier bzw. fünf Jahren, wird der Kauf eines Neufahrzeugs mit notwendigem Aufbau von der Firma Iveco Süd-West Nutzfahrzeuge GmbH, als günstigeren Anbieter, von der Verwaltung vorgeschlagen.

Die Kämmerin Mirjam Däsch-Schmachtel berichtet, dass die Firma Iveco Süd-West Nutzfahrzeuge GmbH mitgeteilt hat, dass aufgrund einer Aktion das Fahrzeug in diesem Monat um rund 3.500 Euro brutto günstiger erworben werden kann.

Kurt Baier möchte wissen, ob eine Alternativen zum Dieselantrieb überprüft wurde. Mirjam Däsch-Schmachtel verweist auf die nachgereichte E-Mail und ergänzt, dass beide Firmen Dieselfahrzeuge empfohlen haben.

Johannes Bernhard vertritt die Meinung, dass beide Angebote zu teuer sind. Er verweist auf die Kosten der Fahrzeugbeschaffung aus dem Jahr 2015. Generell wäre es sinnvoll, wenn ein Nutzungskonzept vorliegen würde.

Ursula Maidhof möchte wissen wofür der Sprinter genutzt wird. Bürgermeister Fridolin Fuchs erläutert dies kurz.

Da es sich um eine langfristige Anschaffung handelt, schlägt Ursula Maidhof vor, erneut zu prüfen, ob andere Alternativen zum Dieselantrieb in Frage kommen.

Anneliese Euler sieht die Gemeinde gezwungen, auf Grund der Dieseldiskussion nach Alternativen Ausschau zu halten. Sie schlägt vor die HU/AU des bisherigen Fahrzeugs um zwei Jahre zu verlängern und dann erneut zu diskutieren.

Die Kämmerin berichtet, dass vor einer TÜV-Abnahme notwendige Reparaturen von rd. 5.000 € anfallen.

Jürgen Kunsmann regt an, nochmals über die Fahrzeugauslastung nachzudenken.

Kurt Baier schlägt vor, eine Beratung zusammen mit dem Bauhofvorarbeiter in einer Haupt- und Finanzausschusssitzung vorzunehmen um einige Details zu klären.

Johannes Bernhard erinnert, dass der TÜV-Termin im Dezember bevorsteht.

Der Gemeinderat fasst keinen Beschluss und möchte erneut in einer Haupt- und Finanzausschusssitzung über die Angebote beraten.

Abstimmung: 17 : 0

7. Kassenversicherung

Auf Grund eines persönlichen Gesprächs wurde von der Versicherungskammer Bayern ein Angebot zur Anpassung der Kassenversicherung übersandt. Die momentane Versicherungssumme liegt bei 50.000 Euro.

Auf Grund der momentanen Baumaßnahme Bachverrohrung und der weiteren geplanten Maßnahmen im Bereich Straßenausbau, Baulandentwicklung, usw. schlägt die Versicherungskammer eine Erhöhung zwischen 100.000 und 250.000 Euro vor.

Es wird darauf hingewiesen, dass auf Grund des eGovernment-Gesetzes die gesetzliche Pflicht zur Einführung der Elektronischen Rechnung (Rechnungsstellung, -Empfang, -Verarbeitung) besteht. Eine Absicherung gegen evtl. Cyberrisiken ist erst ab einer Kassenversicherung in Höhe von 250.000 Euro möglich.

Es wird empfohlen die Kassenversicherung anzupassen.

Jürgen Meßenzehl möchte wissen, ob bereits bekannt ist, welche Kosten für die Cyberversicherung anfallen.

Diese Kosten liegen noch nicht vor, werden dem Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt genannt.

Jürgen Kunsmann spricht sich dafür aus, die Versicherungssumme auf 250.000 € zu erhöhen.

Anneliese Euler wird dieser Erhöhung zustimmen.

Die Cyberversicherung stellt für Ursula Maidhof nur eine Begleiterscheinung dar, sie ist keine Absicherung gegen Cyberangriffe.

Der Erhöhung der Versicherungssumme auf 250.000 € wird zugestimmt.

Abstimmung: 17 : 0

8. Bericht Bürgermeister

- Bürgermeister Fridolin Fuchs berichtet, dass ein Arbeiter der Fa. Sonntag am 18.09.2017 in eine halbverfüllte Sickergrube eingebrochen ist.
- Zum Thema Jugendraum berichtet er, dass es einige Meinungsverschiedenheiten zwischen dem neuen und dem alten Team zum Thema Jugendarbeit gab, deshalb fand am 28.09.2017 ein Treffen im Rathaus statt.
Hierzu waren die Jugendbeauftragten, Jürgen Messenzehl und Klaus Däsch, anwesend. Es wurde gemeinsam beschlossen, dass das alte Jugendteam den Jugendraum räumt. Die Neueröffnung ist für November geplant.
- Bürgermeister Fridolin Fuchs gibt einen kurzen Bericht über die Fahrt nach Bretteville-sur-Odon zur Jubiläumsfeier.
- Weiterhin berichtet er, dass im Zuge von Arbeiten am Wasserleitungsnetz durch die Baumaßnahme „Bachverrohrung Glattbacher Mühle“ am **Montag, 16.10.2017 von 12:30 Uhr bis ca.16:30 Uhr** das Wasser abgestellt wird.

Betroffen hiervon sind folgende Haushalte:

- Hauptstraße Hs. Nr. 56 bis Hs. Nr. 94
(ausgenommen Hs. Nr. 72 a – c)
- Baumacker,
- Im Heckelchen

- Er informiert, dass es am 04.10.2017 im Bommichring zu einem Wasserrohrbruch im privaten Bereich aufgrund eines defekten Hausanschlussschiebers kam.
- Er gibt einen Termin für die Vernissage von Frau Dagmar Schad am Fr., 20.10.2017 bekannt und lädt hierzu ein.
- Weiterhin bedankt er sich bei allen Helferinnen und Helfern, die aktiv an der Bundestagswahl 2017 als Wahlhelfer teilgenommen haben.

Anfragen und Hinweise von Gemeinderatsmitgliedern

Kurt Baier regt an, die Einteilung der Stimmbezirke für die Landtagswahl 2018 zu überdenken.

Jürgen Kunsmann reflektiert die Situation an der Baustelle „Bachverrohrung Glattbacher Mühle“. Zunächst war lange Zeit ein Andienen der Grundstücke Hauptstraße 72 a – b nicht möglich, dann wurde ein Einfahren für einen Zeitraum von drei Wochen ermöglicht. Er bringt seine Verärgerung zum Ausdruck.

Als nächstes bringt er Verbesserungsvorschläge für die Parksituation bis zur Aufhebung der Vollsperrung der Hauptstraße vor.

Diese stellen sich wie folgt dar:

- Entfernen der Straßenverkehrszeichen vor Hs. Nr. 79 und vor Hs. Nr. 80
- Verkürzung des Sperrfelds am Ende des Weihergrund
- Verschiebung der Barriere in der Hauptstraße, somit könnte der Anwohner Hs. Nr. 71 seinen Hof wieder andienen, und man könnte evtl. zwei weitere Stellplätze vor der Barriere für Wochenende und abends von 17.00 Uhr – 07.00 Uhr schaffen.
- Ansprache der Falschparker
- Intensivierung der Überwachung

Kurt Baier möchte nochmals an die letzte Gemeinderatssitzung erinnern, hier hatte eine Mutter die Verkehrssituation an der Baustelle vor dem Gesundheitszentrum angesprochen. Hierzu fand ein Termin zwischen der ausführenden Firma, dem Architekten und der Gemeindeverwaltung vor Ort statt. Einige Verbesserungen wurden getroffen und die Situation optimiert. Er kündigt an, dass für die Wintermonate eine zusätzliche Beleuchtung vor dem Gesundheitszentrum angebracht wird.

Jürgen Meßenzahl berichtet, dass er von einer Mutter zu dieser Verkehrssituation angesprochen wurde, die sich als Verkehrshelferin zur Verfügung stellen wollte. Die Verwaltung prüft momentan, ob eine Verkehrshelferfurt während der Baustellenzeit eingerichtet werden kann.

Michael Metzger bittet, die Umleitungsbeschilderung in der Langestraße nochmals zu überprüfen. Auswertige Besucher tun sich schwer, dieser zu folgen.

Die öffentliche Sitzung ist um 21.51 Uhr beendet.

Die vorstehend veröffentlichte Niederschrift hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Soweit Tagesordnungspunkte persönliche Einzelinteressen betreffen, wird nur kurz das Beschlussergebnis bekannt gegeben oder von einer Veröffentlichung abgesehen.